

CONV 158/02

WG VI 05

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT

des	Sekretariats
für	die Gruppe VI „Ordnungspolitik“
<u>Betr.:</u>	Ergebnisse der Sitzung vom 20.6.2002

Beratungsergebnisse

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden

- Der Vorsitzende äußerte sich zu den verschiedenen Vorschlägen zur Änderung oder Erweiterung des Mandats der Gruppe, die von den Mitgliedern der Gruppe entweder in der vorangehenden Sitzung vorgetragen oder aber im Anschluss daran schriftlich übermittelt worden waren. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass diese Vorschläge konstruktiv seien und ihnen bei den weiteren Beratungen der Gruppe gegebenenfalls Rechnung getragen werden solle. Eine förmliche Erweiterung des Mandats der Gruppe sei jedoch nicht erforderlich.

2. Absatz 5 des Mandats

- Die Mitglieder der Gruppe waren sich weitgehend darin einig, dass an der derzeitigen Struktur, bei der die Gemeinschaft über die EZB die ausschließliche Zuständigkeit für die Währungspolitik im Euro-Raum besitzt und die Zuständigkeit für die Wirtschaftspolitik bei den Mitgliedstaaten liegt, festgehalten werden sollte.
- Einige Mitglieder der Gruppe schlugen vor, den bisherigen Aufgabenbereich der EZB, nämlich Wahrung der Preisstabilität, auf weitere Faktoren, wie die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen, auszudehnen. Dabei könne die amerikanische Federal Reserve als Vorbild dienen.

- Nach allgemeiner Auffassung sollte die bestehende Verteilung der Zuständigkeiten zwar nicht in Frage gestellt, aber der Spielraum für eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten genutzt werden; die Wirtschaftspolitiken müssten zudem genauer festgelegt werden.
- Einige Mitglieder plädierten insbesondere für eine Überarbeitung der Verfahren zur Festlegung und Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Manche vertraten die Auffassung, dass den gemeinsamen europäischen Interessen besser Rechnung getragen werden könne, wenn der Kommission durch eine Änderung der geltenden Verfahren das Recht eingeräumt würde, förmliche Vorschläge zu unterbreiten; um die Legitimität des Systems zu gewährleisten, müssten gleichzeitig weitere Änderungen vorgenommen werden. Vorgeschlagen wurde beispielsweise eine Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments und mehr Konsultationen mit den Sozialpartnern.
- Die Frage der Legitimität auf Ebene der Mitgliedstaaten wurde ebenfalls erörtert. Es gab den Einwand, dass einige der vorgeschlagenen Änderungen der Verfahren zur Festlegung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik nicht dazu angetan seien, einem mangelnden Engagement der Mitgliedstaaten im Rahmen des derzeitigen Koordinierungsmechanismus zu begegnen. Die Frage, wie der Öffentlichkeit und den einzelstaatlichen Parlamenten mehr Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden könnten, müsse in Angriff genommen werden.

3. Absatz 6 des Mandats

- Die Mitglieder der Gruppe waren sich darin einig, dass an der geltenden Rechtsgrundlage und Struktur des Stabilitäts- und Wachstumspakts festgehalten werden sollte; allerdings funktioniere dieser Pakt nicht zufrieden stellend. Einige Mitglieder äußerten die Auffassung, dass der Pakt noch zu unflexibel sei und dass sich mehr Flexibilität erreichen lasse, wenn die besonderen Bedingungen in den Mitgliedstaaten sowie die Unterschiede zwischen strukturellen und konjunkturellen Defiziten besser berücksichtigt würden und wenn der Pakt regelmäßig überprüft werde. Zudem wurde empfohlen, die goldene Regel für öffentliche Investitionen anzuerkennen und die Kosten der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung gebührend zu berücksichtigen. Mehrere Mitglieder meinten, dass eine flexiblere Gestaltung des Paktes allerdings mit einer konsequenteren Anwendung einhergehen müsse.
- Zudem wurde vorgeschlagen, der Kommission das Recht zur Vorlage förmlicher Vorschläge einzuräumen, um eine größere Unabhängigkeit des Systems zur Feststellung eines übermäßigen Haushaltsdefizits zu erreichen.
- Einige Mitglieder vertraten die Auffassung, dass bei der Straffung der Verfahren gleichzeitig dafür gesorgt werden müsse, dass der Öffentlichkeit und den einzelstaatlichen Parlamenten mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in Bezug auf die Einhaltung der europäischen haushaltspolitischen Auflagen eingeräumt werden.
- Ferner wurde vorgebracht, dass die Wirksamkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts zum Teil auch von der Qualität und Verfügbarkeit der Statistiken abhängen; dieser Aspekt werde im Zuge der Erweiterung immer wichtiger.

4. Tagesordnung der nächsten Sitzung

- Es wurde vereinbart, die Aussprache über diese beiden Themen in der nächsten Sitzung fortzusetzen, und zwar anhand eines kurzen Dokuments, in dem die möglichen Standpunkte der Gruppe zu bestimmten, bereits erörterten Fragen dargelegt werden.

5. Sonstiges

- Der Vorsitzende schlug vor, in den beiden Juli-Sitzungen die übrigen Teile des Mandats (Nummern 7, 8, 9 und 10) zu behandeln und in der Sitzung am 17. Juli zudem die Frage der Anhörungen zu erörtern. Es wurde vereinbart, dass die Gruppe versuchen sollte, im September Anhörungen zu veranstalten; bis dahin werde man sich voraussichtlich bei den wichtigsten Teilen des Mandats zumindest auf einen vorläufigen Standpunkt verständigt haben.
-